

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags viermal. Ein Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 Mk. in monatlich, für Postbezugsnehmer sämtliche Postanstalten Deutschlands einschließlich Ausland 18 Mk. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, das Osmanische Reich, die russischen Provinzen Polens u. Czernohorje 20 Mk. in den übrigen Staaten 22 Mk. per Viertel bei, für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Weiske Straße 8/9.

Die schlagzeilenlose Sonntagsausgabe über dem Namen kostet 5.— Mk. einschließlich Transportgebühren. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1,50 Mk., einschließlich Transportgebühren. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: Das festgesetzte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Neue Kämpfe in Oberschlesien

### Polnische Angriffe

Oppeln, 3. Juni.

W. L. B. meldet: Nach den bis heute Abend in Oppeln vorliegenden Meldungen ist an der ganzen von den Insurgenten besetzten Linie eine lebhafteste Wiederausnahme der Kampfhandlungen festzustellen. Im Kreis Oppeln mußte Turawa von den deutschen Verteidigern geräumt werden, die 4 Tote und 6 Verwundete zu beklagen hatten. Im Kreis Groß-Strehlitz wurde Slawa durch einen polnischen Panzerzug vom Bahnhof Schimischow aus und durch Artillerie der Aufständischen hart beschossen. Besonders heftige Angriffe, die ebenfalls durch polnische Artillerie vorbereitet und unterstützt wurden, richteten die Insurgenten gegen die deutschen Verteidiger östlich des Anno-Berges. Die heftigen Nachtangriffe der Aufständischen scheiterten völlig. Die Boepöhe wurden heute morgen mit starken Kräften wiederholt. Sie endeten gleichfalls mit einem Mißerfolg der Insurgenten. Lebhafteste Kampfaktivität auch im Kreise Cosel. Bei Brzesniz und Gregorjowiz im Kreise Ratibor versuchten die Polen, über die Ober vorzudringen. Sie wurden zurückgeschlagen. Im Kreis Rosenbergs wird von den polnischen Aufständischen nach wie vor geplündert. Ein weiteres Vordringen der englischen Truppen bei Stubendorf ist immer noch nicht erfolgt.

### Pflez von den Polen besetzt

Breslau, 3. Juni.

Das „3 Uhr-Abendblatt“ meldet aus Oppeln: In der Nacht vom 1. zum 2. Juni sind die Insurgenten in Pflez eingedrungen. Sie haben die dortige deutsche Apo in der Stärke von etwa 60 Mann gefangen genommen und verhaftet. Auch wurde eine Anzahl deutscher Bürger weggeführt. In einigen Fällen sind hohe Lösegelder erprecht worden. In der Stadt liegt eine Eskadron französischer Dragoner in der Stärke von etwa 45 Mann. Da bereits seit einigen Tagen die Befehle der Stadt durch Insurgenten zu befehligen war, bemühte sich der italienische Kreisinspektor Oberst Caricati, die Apo in Sicherheit zu bringen. Er bekam aber in Glewiz, wohin er seinen Adjutanten schickte, keine

geeigneten Beförderungsmittel. Indes erklärte der französische Beigeordnete des Kreisinspektors diesem ausdrücklich, daß er mit den französischen Truppen für die Sicherheit der Apo in Pflez einstehe. Die französischen Truppen haben den einrückenden Insurgenten keinen Widerstand entgegengesetzt. Oberst Caricati hat am 2. Juni eine Aufforderung auf sofortige Räumung der Stadt und Rückgabe der Gewalt an den Führer der Insurgenten gerichtet. Ueber den Erfolg ist noch nichts bekannt.

### Die obereschlesischen Streitkräfte

London, 3. Juni.

Im Unterhaus erklärte Harnsworth auf eine Anfrage wegen der Zahl der polnischen Aufständischen in Oberschlesien und der deutschen Streitkräfte und darüber, ob die Ankunft von vier britischen Bataillonen genügen werde, um die Autorität der Interalliierten Kommission wiederherzustellen, die Stärke der polnischen Insurgenten werde auf 60—100 000 Mann geschätzt; die deutschen Verteidigungstruppen unter General Höfer würden auf 30 000 Mann geschätzt. Man hoffe, daß die sechs britischen Bataillone, die jetzt auf dem Wege nach Oberschlesien seien, die zur Befreiung der Interalliierten Kommission stehenden Truppen in die Lage versetzen würden, ihre Autorität wiederherzustellen. Lord George teilte im Unterhaus auf Befragen mit, daß er noch nicht in der Lage sei, den Zeitpunkt für die Zusammenkunft des Obersten Rates, um über die Frage der Zukunft Oberschlesiens zu beschließen, anzugeben.

Im diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“, der die Rede des Reichskanzlers Wirth im vollen Wortlaut bringt, heißt es, der neue britische Kommissar für Oberschlesien, Sir Harold Stuart, sei am Mittwoch Abend dorthin abgereist. Man erwarte, daß er Sonnabend morgen in Oppeln eintreffen werde, wo er sofort dem General Le Rond sein Beglaubigungsschreiben überreichen werde.

„Daily Telegraph“ zufolge wird die Frage, ob die britische Regierung weiterhin auf die sofortige Zusammenkunft des Obersten Rates dringen, oder ob sie dem Vorschlag Briands, daß der Oberste Rat erst nach dem 15. Juni zusammentreten soll, zustimmen wird, in hohem Maße von dem Bericht Sir Harold Stuaris abhängen.

## Hochverratsverfahren gegen Nissen

Er ist aber „unschuldig“

Der Verband nationalgesinnter Soldaten und der Nationalverband deutscher Offiziere veranstalteten am Dienstag in der Singakademie eine fogenannte Skagerrak-Feier. Dabei wurden wüste nationalistische Drohreden gehalten. Am schlimmsten gebärdete sich der Oberfeuerwerksmaat Nissen, jener Mann, der sich u. a. rühmte, im Sommer 1919 die französischen Hahnen aus dem Zeughaushalt geholt und unter den Linden verbrannt zu haben, ohne daß er bestraft worden sei. Wir haben über die Versammlung einen ausführlichen Bericht gebracht. Daraufhin wurde, wie schon der Reichskanzler Wirth ankündigte, gegen Nissen ein Verfahren wegen Hochverrats und Aufforderung zum Mord eingeleitet. Herr Nissen ist am Freitag früh verhaftet und auf dem Polizeipräsidium unserem Gewährsmann gegenübergestellt worden. Herr Nissen tritt natürlich alles ab, ebenso stellte sich eine Anzahl seiner Gesinnungstreue zur Verfügung und behauptete, Herr Nissen habe eine ganz „friedliche“ Rede gehalten. Unser Gewährsmann betonte demgegenüber mit aller Entschiedenheit, daß sein Bericht der Wahrheit entspricht, und er verzichtete dabei auf seine kenographischen Aufzeichnungen. Trotzdem ist Herr Nissen wieder aus der Haft entlassen worden, das Verfahren gegen ihn soll indessen durch das Außerordentliche Gericht fortgesetzt werden.

Wir befürchten, daß dieses Verfahren ausgehen wird wie das Hornberger Schießen. Jedoch möchten wir betonen, daß die Ausführungen des Herrn Nissen durchaus nichts Außergewöhnliches darstellen. In dieser Tonart wurde bisher in jeder Versammlung, die vom Nationalverband deutscher Offiziere oder vom Verband national gesinnter Soldaten einberufen war, gesprochen. Die reaktionäre Tendenz dieser berüchtigten Organisationen ist so hinreichend bekannt, daß ihre Staatsgefährlichkeit sich ohne weiteres ergibt. Interessant ist aber, daß Herr Nissen uns eine „Berichtigung“ zugehen ließ, aber erst dann, als ihm die Ankündigung eines Strafverfahrens bekannt geworden war (!!!). Unser Bericht ist am Mittwoch Abend erschienen. Die Berichtigung des Herrn Nissen hingegen ist erst am Freitag nachmittags zwischen 9 und 10 Uhr auf der Post abgegeben worden. Das gibt Anlaß zum Nachdenken. Im Übrigen betonen wir noch einmal, daß wir unsere Behauptungen, der Berichtigung des Herrn Nissen zum Trotz, vollinhaltlich aufrechterhalten. Dem Polizeipräsidium und auch der Staatsanwaltschaft möchten wir aber empfehlen, in dem Hause Kleiße Straße 82, wo die beiden genannten Verbände

ihren Sitz haben, eine Hausdurchsuchung abhalten zu lassen. Zuverlässige Beamte könnten dort in den Büroräumen Material beschlagnahmen, welches für eine Anklage auf Hochverrat so wertvolle Unterlagen liefern würde, daß die Staatsanwaltschaft zur Erzielung eines Urteils unseres Gerichts gar nicht mehr bedürfte. Das heißt: wenn das Material nicht vorher beiseite geschafft worden ist!

### Die SPD. für Begnadigung

Die rechtssozialistische Fraktion des Reichstags hat den folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Kritiker der Aufbruchbewegung in weltlichem Umfange zur Begnadigung zu empfehlen.

Dieser Antrag kann eine allgemeine Amnestie, wie sie die Unabhängige Fraktion fordert, nicht ersetzen. Er ist schon deshalb ganz unzulänglich, weil es in das Belieben des Reichskanzlers gestellt wird, sich die Leute auszusuchen, die die Nachprüfung der Urteile vornehmen sollen. Zu deren Objektivität kann man aber nur geringes Vertrauen haben!

### Betriebsratswahlen im Leunawerk

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 3. Juni.

Die Betriebsratswahlen für das Leunawerk, die dieser Tage stattgefunden haben, stellen einen vollen Erfolg für die Unabhängigen Sozialisten dar, wie wir ihn vor dem Wutisch uns nicht hätten träumen lassen. In ihrem Größenwahn hielten die Kommunisten vor dem Wutisch die Parole auszugeben, daß nur ihre Leute auf die Listen kommen. Infolge des im Leunawerk herrschenden Terrors wurde untererleits von einer Listenaufstellung abgesehen. Jetzt nach dem Wutisch hat man in Erkenntnis dessen, was not tut, sich weniger der Qualität des Wahlbuchs, als der des Gehirnes leiten lassen, und die Wahl hat ergeben, daß die übergroße Mehrheit der Betriebsratsmitglieder sich aus Anhängern der U.S.P. zusammensetzt. Die Arbeiterschaft des Leunawerkes (22 000 Arbeiter) steht also wieder auf dem gleichen Standpunkt wie vor der Spaltung der Partei, nur daß die kommunistische Putschaktion aus dem früher so einflussreichen Betriebsrat inzwischen eine gebaltlose Kruppe gemacht hat. — Bei den Wahlen zum Angestelltenrat wurden von den Angestellten 2 Listen eingereicht. Die Liste der Wa erhielt 1200, die Liste der Deutschnationalen 370 Stimmen. Also auch hier ein voller Erfolg der freien Gewerkschaften.

## Ein „kritischer“ Tag

Die deutsche Republik ist noch ohne jede feste Tradition eines parlamentarischen Regierungssystems. Dazu kommt die Zersplitterung in acht Parteien, von denen die Mehrzahl nicht recht weiß, was sie eigentlich wollen und nur in der Heidenangst leben, daß das, was sie tun, ihnen bei den Wählern Schaden und der Konkurrenzpartei nützen könnte. Die politischen Aufgaben, die zu lösen sind, sind in der äußeren wie der inneren Politik außerordentlich schwierig, und da sie ohne neue Belastung nicht durchzuführen sind, nichts weniger als populär.

Als ob es an diesen Schwierigkeiten nicht genug wäre, haben die Parlamentarier sich noch künstlich neue dazu geschaffen. In jedem Lande mit parlamentarischem Regierungssystem bleibt eine Regierung solange im Amte, bis sie durch eine Majorität gestürzt wird. Hierzulande hat man aber neuerdings die Erfindung einer „tragfähigen Mehrheit“ gemacht. Danach muß jede Regierung nicht nur einer Mehrheit von vornherein gewiß sein, diese Mehrheit muß noch laundsviel Stimmen über die Majorität besitzen. Wieviel, haben diese politischen Mathematiker allerdings noch nicht festgelegt, aber wenn französische oder belgische Ministerien sich unter Umständen schon mit einem halben Duzend Stimmen über die Majorität begnügen mußten, so erfordert offenbar deutsche Würde, daß die Regierung jederzeit über mehrere Duzend verfügt.

Nun steht hinter diesem ganzen Unsinn freilich etwas anderes. Den bürgerlichen Parteien ist jedes Zusammengehen mit einer Arbeiterpartei, und wäre sie selbst so genügsam und konfessionsbereit wie die Rechtssozialisten, höchst zuwider, und sie möchten deshalb den bürgerlichen Einfluß in der Regierung möglichst stärken und die Rechtssozialisten nur als Bindung gegen links politisch ausbeuten. Daher das Geschrei nach Verbreiterung der Koalition, nach der tragfähigen Mehrheit.

Dabei sind die Dinge im Reichstag in einer Beziehung klar. In der Außenpolitik besteht eine Mehrheit nur für eine Politik der Ehrlichkeit und konsequenten Durchführung des Ultimatus. Diese Politik kann nicht betrieben werden, wenn die Gegner der Annahme des Ultimatus, die bisherigen Saboteure jeder ehrlichen auswärtigen Politik, die Regierung bilden. Alles Geschrei nach der tragfähigen Mehrheit, die durch den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei geschaffen werden soll, kann die Tatsache nicht verdecken, daß der Eintritt dieser Partei in die Regierung sofort die eben begonnene Außenpolitik wieder in Frage stellen und dadurch Deutschland in neue Gefahren stürzen würde.

Die Führer der Demokratischen Partei bleiben aber vernünftig. Eines kapitalistischen Sinnes mit der Deutschen Volkspartei, lassen sie nicht davon ab, um ihre Gunst zu werden. Und so hielt gestern Herr Petersen, der Vorsitzende der Demokratischen Reichstagsfraktion, eine Rede, die, wenn man sie ernst nehmen wollte, wozu natürlich die Berliner Sensationspresse gerne bereit war, eine politische Krise unvermeidlich erscheinen ließ. Herr Petersen stand also auf, redete sich zum Diktator und verübete: Die Rechtssozialisten haben sofort ihre Zustimmung zum Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition zu geben. Die Deutsche Volkspartei muß die Regierung unterstützen. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber darf die Regierung nicht unterstützen, denn das widerspricht den Gefühlen eines honesten Demokraten. Wenn die Parteien diesen Geboten nicht sofort gehorchen, dann freue die Demokraten wieder einmal die ganze Geschichte nicht und sie würden — man denke — aus der Regierung austreten.

Nach dieser Leistung sahen sich die Parlamentarier an: Der Däse im Porzellanladen. Die Berliner Abendpresse schrieb über Regierungskrise und Reichstagsauflösung. Zum Glück ergriff der Kommunist Höllein wieder einmal das Wort, die Parteien konnten den Saal verlassen und Fraktionsstimmungen abhalten. Die Krise, die Herr Petersen mit dem Versuch, sich geistig selbständig zu machen, angerichtet hatte, war auf dem Wege zur Lösung. Denn die Demokraten, bestürzt über die Ungeschicklichkeit ihres Führers, werden natürlich den Rückzug antreten.

Die Episode hat wieder einmal sehr deutlich die politische Unmöglichkeit dieser Demokratischen Partei erwiesen. Sie sind nichts anderes als die ehemaligen Nationalliberalen, und als solche fühlen sie sich zu dem anderen Teil der Nationalliberalen, der sich jetzt Deutsche Volkspartei nennt, unwiderstehlich hingezogen. Sie betreiben eine Politik politischer Faltschmügerei, indem sie unter demokratischer Maske die Geschäfte der Deutschen Volkspartei fördern. Noch ungeschicklicher als die ehemalige Fraktion Drehscheibe schwanken sie zwischen Regierungsschwärze und Angst vor Verantwortung hallos hin und her. Sie sind schlechthin reaktionär, und eine Koalitionspolitik mit ihnen ist von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Episode zeigt aber auch die Schwäche der Regierung Wirth. Die Deutschnationalen haben einen Mißtrauensantrag gestellt. Die Partei der Nationalisten, Militaristen und Steuerhosen verabscheut eine Regierung, die die Unmöglichkeit dieser Politik einsehen muß. Auch die Deutsche Volkspartei will ebenso wie die Deutschnationalen eine reaktionäre bürgerliche Regierung. Vor einer energiegel-







Groß-Berlin

Die öffentlichen Anlagen

Der Betriebsrat der städtischen Parkverwaltung schreibt uns: Von den Mitteln, die der Parkverwaltung für die Erhaltung der zurzeit bestehenden Anlagen in dem von ihr aufgestellten Etat notwendig sind, sollen mehr als zwei Fünftel gestrichen werden.

Was bedeutet dieses für eine Großstadt? Die im Innern der Stadt gelegenen Plätze würden keine Erholungsstätten, sondern das Gegenteil von dem, Staubentwälder, sein.

Erwerbslosenfürsorge im April

Im Monat April ist eine weitere Zunahme der Berliner Erwerbslosen zu verzeichnen. Von 69 000 am Ende des Vormonats hat sie sich im Laufe des April auf rund 72 500 erhöht.

Es befanden sich im Alter: männliche zwischen 16 und 18 Jahren 1309, zwischen 18 und 21 Jahren 6893, über 21 Jahre 45 344 (davon verheiratet 38 396). Weibliche zwischen 16 und 18 Jahren 374, zwischen 18 und 21 Jahren 1318, über 21 Jahre 14 185 (davon verheiratet 3891, vermittelte 5010).

Für den Sechs-Uhr-Ladenschluß

Auch im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde gegen die Einführung des früheren Ladenschlusses Sturm gelaufen. Die Arbeitgeberseite behauptete, ein früherer Schluß würde empfindlich auf den Geschäftsgang einwirken.

Liebeswahnfinn

Eine tragikomische Liebesgeschichte kam gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zur Verhandlung. Fräulein v. S., die Tochter eines sehr reichen, inzwischen verstorbenen russischen Fabrikanten, verfolgte seit längerer Zeit einen hiesigen Schauspieler mit ihren Liebeswerbungen.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Hermann Jac. Müller

Dies waren vielleicht grausame Methoden, doch konnte man sie nicht vermeiden, denn die Roten waren allzu listig. Sie untergruben im geheimen die Regierung; sollte die Regierung etwa stillhalten und ihre Ohnmacht zugeben?

Dies war Peters Lebenswerk, und seine treue Gattin stand ihm zur Seite, trieb ihn mit weiblicher Unerbittlichkeit an. Gladys hatte diese Art Leute stets „Bieh“ genannt, nun, da sie entdeckte, wie sie rochen, wenn sie wochenlang zusammengepfercht lebten, erkannte sie, sie habe immer recht gehabt.

auf Reisen begeben hatte. Später war er ihrer überdrüssig geworden und hatte das Verhältnis gelöst. Fräulein v. S. aber wollte nicht von ihm lassen; sie reiste ihm nach, wenn er außerhalb ein Engagement angenommen hatte, telephoniert an ihn.

Ein Zopfabschneider vor Gericht

Der bekannte Fall des Zopfabschneiders, Diplomingenieurs Robert St., beschäftigte gestern das Schöffengericht Charlottenburg. Wie seinerzeit mitgeteilt, hatte der Angeklagte in einer ganzen Anzahl von Fällen Attentate auf junge Mädchen ausgeführt, indem er ihnen die Zöpfe oder Haarsträhnen abschnitt.

4. Verwaltungsbezirk, Bezirksversammlung

Der zur Disposition gestellte Wohnungsinспектор Hartmann, gegen dessen eventuelle Wiedereinstellung die vorhergehende Versammlung der Bezirksratordneten Bewahrung eingelegt hatte, soll nicht wieder eingestellt werden.

Verwaltungsbezirk 7, Charlottenburg

Die bürgerliche Mehrheit samt ihrem Bürgermeister will noch immer nicht begreifen, daß es nicht mehr wie recht und billig ist, wenn sie bei der großen Finanznot in erster Linie ihren Bedarf einschränken müß und auch kann, weil sie ja die letzten Jahre hinter sich hat, in denen ihre steuerpflichtigen Bürger aus der Arbeitskraft des Groß-Berliner Proletariats die reichlichen Profite einheimste.

läge für Schul- und Fürsorgeärzte nach Berliner Muster wurde zugestimmt. Schließlich wurde noch einem Bureauerweiterungsplan zugestimmt, um auf diesem Wege bisher belegte Wohnungen wieder frei zu bekommen.

Verlängerung der Polizeistunde. In einem Erlass des preussischen Ministeriums des Innern an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin wird der Erlass vom 20. Oktober 1920 über die Verlängerung der Polizeistunde aufgehoben.

Als Kuchen und Torten gelten nach Mitteilung des Magistrats alle Backwaren, zu deren Bereitung mehr als 10 Gewichtsteile Zucker auf 90 Gewichtsteile Mehl oder mehrlartige Stoffe verwendet werden.

Aufwendungen für den Bau von Kleinwohnungen sind ein-Kommensteuerfrei. In vielen Kreisen ist noch wenig bekannt, daß nach der Novelle zum Einkommensteuergesetz vom 24. März 1921 (Reichsgesetzblatt S. 313) die Beträge, die zur Errichtung von Kleinwohnungen verwendet werden, von dem Steuerpflichtigen bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens in ihrem ganzen Umfang in Abzug gebracht werden dürfen.

Ein äußerst gefährliches Großfeuer wütete in der Donnerstagsnacht gegen 4 Uhr in Moabit in der Embener Str. 49 an der Waldener Straße. Dort waren im Quergebäude des Hauses in den ausgehöhlten Kellerräumen Brennholzlagern in Brand geraten.

Freitag vormittag wurde die Feuerwehrt nach der Baugrube der Nord-Süd-Bahn an der Unterführung des Landwehrkanals alarmiert. Aus bisher noch nicht bekannter Ursache, wahrscheinlich infolge Kurzschlusses, waren hier die quer über die Baugrube führenden Kabel der städtischen Elektrizitätswerke in Brand geraten.

Eine etwas dunkle Fallschirmersaffäre bildet den Gegenstand einer Anklage vor dem Schöffengericht des Landgerichts I. Angeklagt waren der Händler Paul Czanzig und die Fabrikanten Gustav und Wilhelm Hörner. Grenz war bei der Verausgabung eines falschen Fünzigmark Scheines verhaftet worden.

freigelassen, die anderen in Spezialzügen nach einer Hafensstadt gebracht. Etliche sahen alles grimmig schweigend geschehen, andere stuchten wild, manche weinten und sagten, denn sie hatten ihre Familie in Amerika und wagten nicht, die Regierung zu bitten, ihre Familie mit ihnen zu verschiffen oder sich um sie zu kümmern.

Selbstverständlich traf Peter auch bisweilen mit Roten zusammen, die früher seine vertrauten Freunde gewesen waren. Peter hatte sich ein derartiges Zusammentreffen häufig vorgestellt und bei dem bloßen Gedanken gezittert, nun jedoch entdeckte er, daß es ihn eigentlich belustigte.

Nein, Peter fürchtete die Roten nicht mehr. Fürchtete nicht einmal mehr Mac, den allerg gefährlichsten Roten. Mac war für zwanzig Jahre sicher im Kerker untergebracht, und obgleich Verurteilung eingelegt worden war, hatte sich das Gericht geweigert, ihn gegen eine Kaution freizulassen.

Dieser Brief bewies Peter, daß er der Sieger sei. Kam er nun mit den Roten, die er so sehr gefürchtet hatte, zusammen, so belustigte es ihn, sie die Macht seiner Autorität

und manchmal auch seiner Faust fühlen zu lassen. Auch machte ihm ihr Verhalten ihm gegenüber Spaß. Etliche stießen ihn an, erinnerten ihn an alte Zeiten, andere demütigten sich, wieder andere versuchten, an sein Gewissen zu appellieren.

Unter den ersten Gefangenen, die in Peters Bureau gebracht wurden, befand sich Miriam Jankowitsch. Miriam war in die kommunistische Partei eingetreten, außerdem war sie in Rußland geboren, also war ihr Fall ganz klar.

Peter erwiderte, er könne nichts tun. Sie habe das Gesetz übertreten, ihre Mitgliedskarte der kommunistischen Partei sei gefunden worden, außerdem habe sie zugegeben, daß sie in Rußland geboren worden sei.

Peter war, wie wir wissen, Frauen gegenüber immer weichherzig gewesen, auch jetzt fürchte er sich Befangen. Er befolgte diesem Herdenvieh gegenüber bloß die Befehle seiner Vorgesetzten, konnte keine Ausnahme gestatten.

(Fortsetzung folgt.)

